



Bürgerinitiative Zukunft für Unterfeldhaus

Sehr geehrte Damen und Herren des Regionalrates,

leider sehen wir uns genötigt, Sie abermals um Ihre Aufmerksamkeit bezüglich einer vom Rat der Stadt Erkrath (Kreis Mettmann) gewünschten Regionalplanänderung zu bitten.

Wir haben großen Respekt vor dem freiwilligen, ehrenamtlichen Arbeitseinsatz der Ratsmitglieder und sind uns auch darüber im Klaren, dass sie als gewählte Volksvertreter die Entscheidungshoheit haben. Aber was sich in Erkrath seit einem Jahr im Zusammenhang mit einem neuen Stadtentwicklungskonzept abspielt, können wir nicht einfach hinnehmen.

Bitte gestatten Sie uns, die Hintergründe des Geschehens dabei etwas näher zu beleuchten, auch wenn es den normalerweise angemessenen Umfang eines Schreibens an die Behörde sprengt. Die folgenden Detailschilderungen spiegeln beispielhaft das wider, was Fachleute allgemein beklagen, Außenstehende aber wohl kaum für möglich halten.

Der Vertreter der Bezirksregierung, Herr van Gemmeren, mahnte erst kürzlich bei einem Vortrag (Hannover Sommervorlesung 2012¹) die Begrenzung des Flächenverbrauchs an und forderte in diesem Zusammenhang ein valides Siedlungsmonitoring auf übergeordneter Ebene, um qualifizierte Planungsprozesse zu ermöglichen.

Doch aufgrund des kommunalen Selbstbestimmungsrechts kann jede Kommune derartige Empfehlungen lächelnd ignorieren. Die Gründe dafür nannte Herr van Gemmeren ebenfalls:

„Es bestehen politische Forderungen – aber es gibt noch keine Flächenwende.“
Diese setzt eine *„Bewußtseinsänderung durch Kommunikation – Monitoringberichte, Pressemitteilungen, öffentliche Präsentationen etc.“* voraus.

Die Stadt Erkrath hatte vor einem Jahr zwar ein Monitoring beschlossen. Leider müssen wir feststellen, dass es bis heute keinerlei Anzeichen einer ernst gemeinten und sinnvollen Konturierung bzw. Konkretisierung gibt. Bat man um Auskunft zum Stand der Dinge, wurde man stets mit vagen, nichtssagenden Formulierungen abgespeist oder einfach auf später vertröstet.

¹ http://www.kompetenzzentrum-hannover.de/vorlesung2012/06_vangemmeren.pdf

Vor kurzem erhielten wir von einem Ratsmitglied (BmU) folgende Antwort:

„Es ist ein zeitliches Intervall, die Bezugsgröße und vermutlich auch „Auslösewerte“ der Bevölkerungsentwicklung im Rahmen des Monitorings zu definieren, (...). Konkrete Vorschläge kenne ich nicht, erwarte diese aber als Vorschlag von planlokal.“

Demnach war der für Erkrath tätige Stadtplaner (plan-lokal) mit dem Monitoring betraut worden. Das bedeutet: **Die Auswahl des Berechnungsmodells zur demographischen Entwicklung, die ökologische Flächenbewertung, das Entwicklungskonzept, die Fiskalanalyse und nun auch noch das Monitoring – alles liegt in den Händen eines einzigen Unternehmens und seiner Partner!**

Zur Vorgeschichte: Das betreffende Büro stellte 2012 vor dem Hintergrund eines äußerst bedrohlich wirkenden (aber bei näherer Überprüfung höchst zweifelhaften, teils sogar rechnerisch falschen) Zahlengebäudes als erstes Arbeitsergebnis die angebliche Notwendigkeit zur Bebauung sogenannter „Arrondierungsflächen“ heraus. Einige Parteien übersetzten dies prompt so:

Wenn Erkrath nicht schnellstens neues Bauland schafft, gehen die Lampen aus, Schulen müssen geschlossen werden und Rollatoren verstopfen die Wege, während vom Düsseldorfer „Überschwappereffekt“ junger Familien weiterhin nur die lieben Nachbarn profitieren.

Ganz konkret wurde das unter Landschaftsschutz stehende und der Naherholung dienende Gebiet am Niermannsweg als potentielle Baufläche vorgeschlagen. Diese Empfehlung, die bis heute nicht durch eine seriöse ökologische Flächenanalyse unterlegt und den Bürgern ohne jede plausible Begründung als quasi alternativlos präsentiert wurde, korrespondiert ziemlich genau mit den Wünschen bestimmter Rats- und Verwaltungsmitglieder. Dazu passt, dass man sich in den Ausschusssitzungen und Bürgerforen inhaltlich mit Schriften wie dieser

„Optionen zum Flächensparen in der Regionalplanung“²

oder z. B. den Veröffentlichungen von Prof. Siedentop nie auseinandergesetzt hat (was sich anhand der Protokolle nachvollziehen lässt). Im Gegenteil, sie wurden trotz vieler Hinweise und Bitten aus der Bürgerschaft schlicht ignoriert. Bezeichnend war auch, dass die wortführenden Mitglieder von CDU und FDP sogar die klar formulierten Ergebnisse der Ihnen übersandten und vorliegenden Wüstenrotstudie, in die auch Erkrath einbezogen ist, in Ihrem Sinne verzerrt zu interpretieren versuchten, sodass Vertreter der Grünen und der BmU nachfragten, ob man von der gleichen Studie spräche.

² http://www.brd.nrw.de/regionalrat/sitzungen/2009/22009/pa/TOP3_33PA.pdf

In der **Sitzung des zuständigen Ausschusses für Stadtentwicklung am 24.04.2013** wurden unsere Befürchtungen erneut bestätigt:

1. Die Ausführungen des Stadtplaners zum **Monitoring** beschränkten sich auf wenige Schlagzeilen, Allgemeinplätze und vage formulierte Vorschläge (z. B. *„Wohnungsmarktbeobachtung“*, *„Darstellung von Entwicklungstrends“*). Angesichts der spärlichen Angaben stach der einzige Ausrufesatz der gesamten Präsentation besonders ins Auge: *„ABER: Monitoring hat Grenzen!“*

Ebenfalls bemerkenswert war die angedeutete Priorisierung der Projekte:

An erster Stelle steht ein Runder Tisch *„Wohnungsmarkt /Quartiersentwicklung“* unter Beteiligung von Wohnungsgesellschaften, Kreditinstituten, Umweltverbänden. Davon deutlich abgesetzt ist der zweite Punkt *„Aktivierung von Innenentwicklungspotenzialen“*, fokussiert auf **„Flächenentwicklung“**.

Diese Formulierungen sind insofern interessant, als bestimmte Parteien in der öffentlichen Diskussion stets versuchen, die landschaftlich geschützte Außenfläche am Niermannsweg in eine schlichte Erweiterung des Innenbereichs (*„Arrondierung“*) umzudefinieren. Damit möchte man offenbar den Ratsbeschluss *„Innenentwicklung vor Außenentwicklung“* für das betreffende Gelände aushebeln.

2. Die angeblich ebenfalls erwarteten Ergebnisse der **fiskalischen Wirkungsanalyse für die Potentialflächen** und damit auch für den Niermannsweg (LSG) lagen der Verwaltung zum Sitzungstermin nicht vor. Das Büro sei in Verzug, hieß es.

Dennoch, also **trotz fehlender Daten und trotz des nicht konkretisierten Monitorings**, schlug der Vorsitzende der SPD mit Nachdruck vor, schnellstens die Voraussetzungen für die Durchführung der sogenannten *„Arrondierungen“* zu schaffen, um nicht wertvolle Zeit zu verlieren: *„Wenn wir das erst in 15 Jahren tun, nützt es keinem Menschen mehr.“* Vor allem auf entsprechende Änderungen des Regionalplans müsse gedrungen werden, um alles Weitere in die Wege leiten zu können. Die fehlenden Angaben dürften kein Hinderungsgrund sein, das Stadtentwicklungskonzept zügig bzw. termingerecht zu beschließen.

Auch in der CDU ist der Wille, Außenflächen zu versiegeln, ungebrochen. Ablehnende Stimmen innerhalb der Partei finden kein Gehör; gleichfalls wird

die Tatsache beiseitegeschoben, dass bis vor einem Jahr das Naherholungsgebiet am Niermannsweg keine Rolle bei den Bauplänen dieser Partei spielte. Im Parteiprogramm wurde damals sogar die schöne Lage von Unterfeldhaus betont. Die Flächen in Hochdahl (Neanderhöhe, Kleines Bruchhaus), die man zum Bauen ins Auge gefasst hatte, bescherten jedoch eine krachende Wahlniederlage. Sie sind inzwischen, wie der SPD-Vorsitzende es ausdrückte, „politisch verbrannt“.

Unterstützung für eine schnelle Absegnung des Stadtentwicklungskonzepts kam auch von der Stadtverwaltung. Deutliche Kritik von der Bürgervereinigung BmU und den Grünen an der immer noch nicht erfolgten Konkretisierung des Monitorings wurde lapidar mit der Begründung abgewehrt, man habe 2012 einen ausgeglichenen Wanderungssaldo beschlossen, das sei doch konkret! Dass sich die Bevölkerungsentwicklung in Erkrath nicht an die Prognosen des Planungsbüros halten will (die Bevölkerung wächst statt dramatisch zu sinken) und deshalb aktuell auch kein Handlungsbedarf zum Bauen auf der grünen Wiese bestehe, räumte die Verwaltung allerdings erstmals ein.

Klar ist in jedem Fall, dass die Stimmenmehrheit für die potentielle Vernichtung wertvoller Grünflächen weiterhin gesichert ist und die meisten Ratsmitglieder offenbar keinerlei Unbehagen wegen der fehlenden Daten verspüren.

Nichts Neues, wenn man die Geschichte weiter zurückverfolgt: Die BmU monierte 2009 bezüglich der von ihr besonders verteidigten Hochdahler Flächen:

„Selbst eine, von der BmU beantragte fiskalische Analyse zu den Erschließungsplanungen wurde von schwarz-gelb ohne jedes Wort (!) jeweils abgelehnt.

Bedeutet: CDU und FDP halten es noch nicht einmal für nötig, vorher zu prüfen, ob sich die Erschließung eines Baugebietes für den städtischen Haushalt überhaupt lohnt oder ob die Stadt, d.h. der Steuerzahler, draufzahlt.“³

Aber vielleicht kann man die Ergebnisse diesmal ja auch schon ahnen, zumal es schon vor einem Jahr hieß: „*Wir sind auf der Zielgeraden.*“ Und dabei ging es nur um neues Bauland; von anderen Projekten war weit und breit nichts in Sicht.

³ http://www.bmu-erkrath.de/Planung___Bauen/PLUV/Buerger_werfen_CDU_FDP_Ignoranz_und_Arroganz_vor/Buerger_werfen_CDU_FDP_Ignoranz_und_Arroganz_vor.html

3. Erneut hat der Stadtplaner den **Bürgerwillen** in die Schranken gewiesen und diskreditiert:

„Eine hohe Priorität seitens der Bürger führt nicht per se zu einer hohen Priorität aus gutachterlicher Perspektive. Die Bewertung der Projekte orientiert sich am Gemeinwohl der Gesamtstadt Erkrath. Partikularinteressen wurden teilweise gesamtstädtischen Interessen untergeordnet.“

Wer die Diskussion verfolgt hat, weiß, dass mit „Partikularinteressen“ der Wunsch von Bürgern gemeint ist, eine landschaftlich geschützte Fläche zu erhalten, anstatt sie kurzfristigem Gewinnstreben zu opfern.

Die Frage ist, wann jemand im gesamtstädtischen Interesse handelt. Wenn er wissenschaftliche Ergebnisse ignoriert und Mahnungen von höheren Stellen in den Wind bläst? Oder wenn er an jedem weiteren Planungsschritt zur Baulandausweisung einen Vorteil für sich sieht?

So, wie es derzeit aussieht, wird eine Änderung des Regionalplans – Monitoring hin, Fiskalanalyse her- sehr schnell dazu führen, dass in Erkrath die Bagger rollen. Zu fest ist in den Köpfen die Annahme verankert, nur über neue Häuser auf der grünen Wiese die Stadt im kommunalen Wettbewerb zu halten und der Stadt Wohlstand sichern zu können. Kein noch so gut begründetes Gegenargument kann den Bauwillen dämpfen. Der Sprecher der CDU wiederholt stereotyp, er habe bei den Präsentationen des Stadtplanungsbüros gelernt, dass man in Zeiten rückläufiger Bevölkerungszahlen vor allem bauen müsse.

Ganz anders argumentiert die BmU, jedenfalls soweit sie sich für den Erhalt der Hochdahler Freiflächen Neanderhöhe und Kleines Bruchhaus einsetzt:

- *„Erkrath muss grün und somit attraktiv bleiben. Die Bevölkerung braucht Freiräume, Erholungsräume. Die Bebauung wäre jeweils eine Verschandelung der Landschaft und ein Frevel.“⁴*
- *„Neubau auf der grünen Wiese dagegen bedeutet, dass vorhandener Immobilienbestand an Wert verliert und ökologisch wertvolle Flächen unwiederbringlich zerstört werden. Beides nicht zum Vorteil für die in Erkrath lebenden Bürger“.*

⁴ http://www.bmu-erkrath.de/Planung__Bauen/PLUV/Buerger_werfen_CDU_FDP_Ignoranz_und_Arroganz_vor/Buerger_werfen_CDU_FDP_Ignoranz_und_Arroganz_vor.html

- *„Bei stark nachlassender Nachfrage nach Wohnraum (das sagen alle Prognosen bis weit über das Jahr 2020 hinaus) noch mehr Häuser zu bauen hält die BmU nur dann für sinnvoll, wenn strukturelle Mängel des vorhandenen Angebotes die aktuelle Nachfrage nicht befriedigen kann.*
- *Das Gegenteil ist aber der Fall: Gerade für junge Familien sind aktuell in der Regel die Neubauten selten bezahlbar. Der Wertverlust der zahlreich angebotenen Häuser und Wohnungen im Altbestand ist hoch.*
- *Statt für die vorhandene Bebauung noch mehr Konkurrenz durch neue Wohngebiete am Stadtrand (aktuell wird in Erkrath die „Neue Mitte“ erschlossen) zu schaffen, sollte das Augenmerk auf den **Werterhalt des Wohnumfeldes im Altbestand und dessen Wohnqualität** gelegt werden! Wenn in die zahlreich angebotenen Häuser und Wohnungen aus dem Altbestand junge Familien einzögen, wäre der Stadt besser geholfen, als durch den Verbrauch weiterer Freiflächen, welche die besondere Wohnqualität in unserer Stadt ausmachen. Im vorhandenen Wohnbestand muss die Ansiedlung junger Familien attraktiver werden!“⁵*

Auch wir unterstützen diese Forderungen nachdrücklich – selbstverständlich auch für den Ortsteil Hochdahl! Aber wir erwarten für unseren Stadtteil eine Gleichbehandlung, wie sie leider bisher nur Grüne und der NaBu in allen öffentlichen Veranstaltungen bewiesen haben!

Fazit:

Angesichts der ökologischen und ökonomischen Rahmenbedingungen kann auch in Erkrath der Eingriff in weitere Außenbereichsflächen nur ultima ratio sein. Dieser Eingriff bedarf einer besonderen Rechtfertigung und kann seine Begründung nicht einfach in bestehenden politischen Mehrheitsverhältnissen finden. Dies gilt erst Recht, wenn es sich um die einzige nennenswerte Grünfläche handelt, ein ausgewiesenes Landschaftsschutzgebiet, das auch in seiner klimatischen Bedeutung unverzichtbar ist. Eine Tauschfläche weit weg würde den Bewohnern des von zwei Autobahnen und einem Gewerbegebiet umrandeten Stadtteils Erkrath-Unterfeldhaus gar nichts nützen!

Wie ein Monitoring aussehen kann, wird in dem oben zitierten Vortrag von der Bezirksregierung ausführlich beschrieben. Die erforderlichen Kriterien sind genannt und im Einzelnen ausgeführt (s. dort Seiten 26ff). Nur wenn diese Kriterien geprüft und erfüllt sind, kann überhaupt über die Frage entschieden werden, ob eine besondere Rechtfertigung für einen zusätzlichen Eingriff in

⁵ http://www.bmu-erkath.de/Planung___Bauen/PLUV/Bruchhausen/kleines_bruchhaus_bebauen.html



Bürgerinitiative Zukunft für Unterfeldhaus

neue Außenbereichsflächen oder sogar Landschaftsschutzgebiete gegeben ist. In Erkrath hingegen ist eine solche Untersuchung gemäß den genannten Kriterien nie vorgelegt worden. Quasi als Rechtfertigung wurde allenfalls ein Bevölkerungsmonitoring in Aussicht gestellt, dessen Kriterien allerdings nie verbindlich durch den Rat beschlossen wurden. Ein solches Bevölkerungsmonitoring könnte auch nie das von der Bezirksregierung erstellte Siedlungsmonitoring⁶ ersetzen, das auf viel komplexere und sinnvollere Zusammenhänge abstellt.

Selbst das nicht taugliche reine Bevölkerungsmonitoring ist bis jetzt nicht vorgelegt worden, geschweige denn eine erforderliche ausführliche ökologische Analyse.

Gleichwohl will sich die Stadt weitreichende Änderungen im Regionalplan sichern, um dann ihre Ziele verwirklichen zu können. Wir appellieren an Sie, solchen Anträgen nicht zuzustimmen, bis nicht ausführliche und sinnvolle Analysen und Monitoringergebnisse vorgelegt werden. Geben Sie keinen Blankoscheck, dessen Ausführung Sie dann nicht mehr beeinflussen können und dessen Gegenwert letztlich die Bürger der ganzen Region bezahlen müssen. Es gibt keine plausiblen und berechtigten Gründe für die angedachten Ausweitungen der Siedlungsgebiete in klimatisch und ökologisch wertvolle und unverzichtbare Landschaftsschutzgebiete hinein.

Gerne laden wir Sie auf diesem Wege ein, sich die betroffenen Flächen mit uns zusammen anzusehen.

Mit freundlichen Grüßen

Die Vertreter der BZU

Günther Dyx, Horst Feldmann, Birgit Kusch, Gabriele Noack, Reinhard Parthe, Yvonne Rost, Dr. Karl von Hase, Gudrun von Hase

Eine Kopie dieses Schreibens erhalten

- Frau Anne Lütkes, Ministerpräsidentin des Landes NRW
- Herr Christoph van Gemmeren, Bezirksregierung
- Herr K. Adolphy, Untere Landschaftsbehörde Mettmann
- Mitglieder der BZU/Homepage der Initiative

Einen weiteren Verteiler behalten wir uns vor.

⁶ http://www.brd.nrw.de/regionalrat/sitzungen/2012/48PA_TOP7_Vorl_Rheinblick.pdf